

Vorurteile gegen sozial Schwache und Behinderte

Peter Widmen

13.1.2006

In einer Gesellschaft, die Erfolg und Leistungsfähigkeit zum Leitbild erhebt, haben es Behinderte und sozial Schwache schwer. Sie werden ausgegrenzt, als "Versager" und "Faulenzer" wahrgenommen.



Am Paralympischen Tag 2007 spielt die deutsche U22-Mannschaft gegen das chinesische Team. (© picture-alliance/AP)

Einleitung

Menschen, die man gemeinhin als sozial schwach betrachtet, erfahren immer wieder stille Ausgrenzung und offene Feindschaft. Ein Teil der **Bevölkerung** folgt dabei stereotypen Zerrbildern und pauschalen Urteilen, betrachtet Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Wohnungslose, aber auch Behinderte als Störfaktor in einer auf Leistung und Konkurrenz ausgerichteten **Gesellschaft**.

1. Sozial Schwache als Feindbild

Der "Sozialbetrüger", der es sich auf Kosten der Allgemeinheit in der "sozialen Hängematte" bequem macht, ist eine bekannte Figur der öffentlichen **Debatte**. Boulevardzeitungen versorgen das Publikum regelmäßig mit Geschichten über "Schmarotzer", die mit listigen Tricks die Sozialämter um hunderttausende von Mark prellen. Die Leser können den Eindruck gewinnen, große Teile des deutschen Sozialbudgets wanderten in die Taschen gewitzter Nichtstuer, denen **Verwaltung** und Steuerzahler hilflos aufsitzen.

Während der asoziale Trickbetrüger die Sensationsberichte beherrscht, ist auf der Straße der Wohnungslose der sichtbare Normverletzer. Als "Penner", "Alki" oder "Tippelbruder" tituiert, sieht er sich dem Vorwurf ausgesetzt, er habe sich die Lebensform frei gewählt, im Vertrauen darauf, dass ihn die Allgemeinheit subventioniert. Erwarten darf er bestenfalls Mitleid, oft genug schlägt ihm **Aggression** entgegen. **Jugendliche** Rechtsradikale machten seit der deutschen Vereinigung immer wieder Wohnungslose zu Opfern ihrer Gewalttaten.

Auch die Bewohner sozialer Brennpunkte sind ein beliebtes Objekt von Vorurteilen. In fast jeder **Stadt** sind Quartiere als "Asozialensiedlung" oder "Glasscherbenviertel" verrufen. Wer dort wohnt, trägt das Stigma seiner Umgebung. Allein die Adresse auf dem Briefumschlag kann die Chancen einer Bewerbung um eine Arbeitsstelle oder eine bessere Wohnung verringern.

Wie andere Vorurteile sind auch die gegen sozial Benachteiligte erlernt. Eltern, die ihren Kindern Wohnungslose als warnendes Beispiel präsentieren, setzen den Lernprozess in Gang. Auch das abfällige Reden über Sozialhilfeempfänger fördert das Entstehen entsprechender Kategorien bei den Nachwachsenden.

Das Leitbild des Erfolgreichen und Leistungsfähigen macht den sozial Schwachen zum Normverletzer. Der Beobachter, der nur den "Versager" oder "Faulenzer" wahrnimmt, hinterfragt die eigenen Kategorien selten. Dabei enthalten sie eine Reihe von Widersprüchen. Dass mancher Steuerhinterzieher für die Allgemeinheit mehr Kosten verursacht als viele Sozialhilfeklienten, führt

beim Steuerhinterzieher nicht zu einer vergleichbaren Stigmatisierung. Darüber hinaus fußt die Feindschaft gegen sozial Schwache oft auf der Fiktion der Vollbeschäftigung. Sie drückt sich im Alltag in der Parole aus: "Wer arbeiten will, findet auch **Arbeit**." Die pauschale Herabsetzung von Sozialhilfeempfängern und Arbeitslosen erhält ihre Schärfe im Ausblenden der wirtschaftlichen Realität, besonders der Entwicklungen auf dem **Arbeitsmarkt**.

Wie andere stigmatisierte Gruppen erscheinen auch sozial Schwache durch die Brille des Vorurteils als gleichförmige Masse. Individuelle Armutskarrieren verblassen. Wie einer in eine schwierige Lebenslage gerät und wie schwer dabei seine persönliche Verantwortung wiegt, erschließt sich nur dem differenzierten Blick. Den typischen Armen gibt es nicht. Wie sozialwissenschaftliche Forschungen ergaben, trifft **Armut** unterschiedliche Menschen unterschiedlich lange, und dabei verfolgen die Betroffenen individuelle Strategien im Umgang mit ihrer Lage.

Ebenso uneinheitlich ist die Gruppe der Wohnungslosen, deren Situation viele Ursachen haben kann. Der Verlust der Arbeitsstelle, Mietschulden, die Entlassung aus einem Heim oder aus der Haft, seelische Probleme, Sucht oder das Zerbrechen einer Beziehung können am Beginn eines Lebens auf der Straße stehen. Dabei erklärt selten persönliches Fehlverhalten allein die Wohnungslosigkeit. In der Zahl der Obdachlosen spiegelt sich auch das Fehlen von Arbeitsstellen sowie der Mangel an billigem Wohnraum wider.

1.1 Armut als soziale Wirklichkeit

Berichte aus der Praxis zeigen, wie stark Vorurteile den Blick auf die Wirklichkeit verstellen. Weder **Wohlfahrtsverbände** noch Verwaltungen bestätigen die Annahme, dass eine größere Zahl der Sozialhilfeempfänger das soziale Netz missbraucht. Vielmehr heben Experten hervor, dass ein beträchtlicher Teil der Berechtigten aus Scham oder Unwissenheit seine Ansprüche nicht geltend macht.

Wie einschlägige Statistiken zeigen, leben in **Deutschland** mehr Arme, als Sozialhilfeempfänger registriert sind. Im Jahr 2002 bezogen dem Statistischen Bundesamt zufolge 3,3 Prozent der Bevölkerung Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt. Im selben Jahr zählte der Datenreport des Statistischen Bundesamtes 11,1 Prozent der Bevölkerung als arm. Das **Einkommen** dieses Teils der Bevölkerung betrug weniger als die Hälfte des jeweiligen regionalen Mittelwertes aller Einkommen.

(...)

Armut trifft **Kinder** in überdurchschnittlichem Maß. 8,7 Prozent der Kinder unter sieben Jahren lebten im Jahr 2002 von Sozialhilfe. Auch die besonders von Arbeitslosigkeit betroffene Gruppe der Nichtdeutschen ist in überdurchschnittlichem Maß auf Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen. Ihre Quote lag im Jahr 2002 bei 8,4 Prozent, bei nichtdeutschen Kindern unter sieben Jahren sogar bei 15,9 Prozent. Zu den Risikogruppen der Armut gehören außerdem allein erziehende Mütter und kinderreiche Familien.

Befunde der dynamischen Armutsforschung widerlegen die Behauptung, die Sozialhilfe sei die Hängematte der Faulen. Eine Untersuchung zum Sozialhilfebezug in **Bremen** zeigte, dass die meisten Empfänger nur kurze Zeit Sozialhilfe erhielten. Nur ein knappes Zehntel der Empfänger erhielt ununterbrochen fünf Jahre oder länger Sozialhilfe. Bei einem großen Teil der Langzeitbezieher handelte es sich um Alleinerziehende, allein stehende Frauen und Ältere. Die meisten Antragsteller brauchten die Sozialhilfe nach kurzer Zeit nicht mehr. Den Bremer Zahlen zufolge nutzten die meisten Empfänger die Hilfe so, wie der Gesetzgeber sie gedacht hatte: Als Hilfe, um wieder in den Stand zu kommen, für sich selbst aufzukommen.

Sensationsberichte und öffentliche Debatten erwecken mitunter den Eindruck, man müsse seine Bedürftigkeit nur behaupten, um Sozialhilfe zu erhalten. In Wirklichkeit sind die bürokratischen Hürden hoch. Der Antragsteller muss Lebens- und Einkommenssituation offen legen, lückenlose Kontoauszüge der vergangenen Jahre und persönliche Dokumente vorlegen und sich detaillierten Fragen aussetzen. Auto, Schmuck und Bausparverträge muss er zu **Geld** machen und nachweisen, dass Angehörige nicht für ihn aufkommen können. Viele Berechtigte verzichten auf den Antrag, um Angehörigen nicht zur Last zu fallen. (...)

1.2 Armut und Ausgrenzung

Armut gilt als Makel. Aus Scham ziehen sich die Betroffenen zurück. Sie beteiligen sich kaum an der öffentlichen Debatte und solidarisieren sich selten. Die Auseinandersetzung über Armut bestimmen Menschen ohne eigene Armutserfahrung. Deshalb bleiben Vorurteile gegen sozial Schwache oft unwidersprochen.

Ein Teufelskreis kommt in Gang, wenn Vorurteile die Betroffenen hindern, ihre Lage zu verbessern. Das gilt etwa für die Bewohner der "sozialen Brennpunkte", stigmatisierter Stadtviertel also, von denen die Stadtbevölkerung sich distanziert. Manche der Viertel sind das noch heute sichtbare Ergebnis einer bis in die 1970er Jahre hinein verfolgten **Strategie** der Stadtverwaltungen. Die kommunalen Behörden wiesen vermeintlich oder tatsächlich sozial abweichende Menschen in bestimmte Siedlungen ein, etwa Mietschuldner, Alkoholranke oder so genannte Landfahrer, um sie aus anderen Wohngebieten fernzuhalten. Die Wohnungen in solchen Siedlungen verfügten oft weder über ein Bad noch über ausreichende Heizung und Isolation. Die Verwaltungen schufen damit Zonen der Deklassierten, aus denen herauszukommen besonders die Nachwachsenden geringe Chancen hatten.

Die Siedlungen fußten auf der Logik von Schuld und Bewährung. Die Bewohner sollten sich in den primitiven Unterkünften erst einer besseren Bleibe als würdig erweisen und damit das **Recht** auf eine Sozialwohnung in anderen Stadtvierteln erwerben.

Inzwischen haben Kommunalverwaltungen ihren Kurs geändert. Sozialpädagogische Konzepte führten dazu, dass städtische Ämter und Wohlfahrtsverbände gezielter auf individuelle Notlagen eingehen. Trotzdem blieben viele Quartiere soziale Brennpunkte. Steigende Arbeitslosigkeit besonders unter Jugendlichen sowie die Wohnungsnot in vielen Städten beschränken die Chancen der Bewohner, ihre Lebenslage zu verbessern.

(...)

1.3 Aufklärung

Vorurteilen gegen sozial Schwache kann eine Öffentlichkeitsarbeit entgegentreten, die über die Ursachen von Armut und sozialer Benachteiligung informiert: Im Jahr 2005 legte die Bundesregierung den "Zweiten Armuts- und Reichtumsbericht" vor; das Deutsche Kinderhilfswerk analysierte Armut und Ausgrenzung von Kindern 2004 in einem "Kinderreport". Auch auf lokaler Ebene versuchen **Verbände** wie etwa die **Caritas**, im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit Informationen über sozial benachteiligte Gruppen zu verbreiten.

Die Betroffenen selbst tragen ebenfalls zur Öffentlichkeitsarbeit bei, etwa mit Straßenzeitungsprojekten. Rund dreißig Straßenzeitungen erscheinen regelmäßig in Deutschland, zum Beispiel "die Stütze" in Berlin, "Hinz&Kunzt" in Hamburg oder "Trottwar" in Stuttgart. Im Juni 2005 schätzte der "Bundesverband der sozialen Straßenzeitungen" die Auflage der Blätter in Deutschland auf rund eine Viertelmillion. Die Projekte sollen Wohnungslosen als Verkäufers Arbeit und Einkommen verschaffen und die Bürgerinnen und **Bürger** auf die Notlage ausgegrenzter Menschen aufmerksam machen.

2. Vorurteile gegen Behinderte

Während gegenüber sozial Benachteiligten ein vorwurfsvoller und lauter Ton herrscht, vollzieht sich die Ausgrenzung Behinderter leiser. Viele Behinderte sehen sich isoliert, weil Nichtbehinderte sie aus Angst, falsch zu reagieren, zu übersehen versuchen. Wo Kontakte zustande kommen, bleiben sie oft befangen, etwa weil Nichtbehinderte in ihrer Unsicherheit die Behinderung ihres Gegenübers krampfhaft überspielen, um der Situation den Anschein der Normalität zu geben. Als "Irrelevanzregel" bezeichneten sozialwissenschaftliche Untersuchungen diese Strategie. Dabei

leiden Behinderte oft weniger darunter, dass Nichtbehinderte etwas Falsches sagen, als darunter, dass sie das Gespräch von vornherein vermeiden.

Die Trennung zwischen Behinderten und Nichtbehinderten im Alltag ist ein Grund für die Hilflosigkeit. Würde man sich öfter begegnen, könnte sich das Verhältnis entspannen. Mitunter stoßen aber Versuche auf **Widerstand**, die Trennung zu überwinden. Behinderte berichten, dass man ihnen den Zutritt zu Lokalen verwehrt oder dass Fluggesellschaften es ablehnen, sie mitzunehmen. Der Zugang zum Arbeitsmarkt erweist sich als schwierig. So berichtete der Berliner Landesbeauftragte für Behinderte, Martin Marquard, im Jahr 2003, viele **Arbeitgeber** der freien Wirtschaft hätten Behinderte auch dann nicht oder nur zögerlich eingestellt, wenn die Bewerber gut qualifiziert waren: "Behinderte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter - so denken viele Arbeitgeber - passten nun einmal nicht in das Bild eines modernen dynamischen Unternehmens. Behinderte Menschen könnten vielleicht imageschädigend sein."

Normalität und Abweichung

Vorurteile gegen Behinderte gehören zum gesellschaftlichen Vorrat an stereotypen Wahrnehmungsmustern, die schon Kinder im Laufe ihres Hineinwachsens in die Gesellschaft, ihrer **Sozialisation**, erlernen. Das entsprechende Repertoire der Vorstellungen spiegeln Kinofilme und Märchen wider, in denen körperliche Abweichungen oft das Böse kennzeichnen. Die Hexe in "Hänsel und Gretel" etwa ist bucklig und hässlich. Andere körperliche Entstellungen sind Strafen: Weil Konrad, der Daumenlutscher aus Heinrich Hoffmanns "Struwwelpeter", das Lutschen nicht lässt, schneidet ihm der Schneider mit einer großen Schere beide Daumen ab. Die Guten dagegen sind oft Ausprägungen des herrschenden Schönheitsideals, ob es im Märchen die schöne Prinzessin ist oder im Hollywoodfilm die gefeierte Diva. Populäre Kultur, Werbung und die für den beruflichen Erfolg vorausgesetzten Anforderungsprofile folgen dem Ideal des Gesunden, Schönen und Leistungsfähigen.

Die Normalität, der Behinderte widersprechen, ist eine gesellschaftliche Übereinkunft und nicht naturgegeben. So unterscheidet sich das Selbstverständnis vieler Behinderter von der Perspektive der Bevölkerungsmehrheit. Der spastisch gelähmte Autor Ferdi Saal fordert: "Die Behinderung ist als persönlicher Eigenwert anzuerkennen, das heißt, in einem Menschen nicht das reparaturbedürftige Wesen als eine Panne der Natur oder gar des Schöpfers zu sehen, sondern eine Individualität, die es nicht gäbe, wenn ihr Träger nicht behindert wäre."

Behinderte stoßen auf viele Barrieren von eher sozialer als medizinischer Natur. Rollstuhlfahrer bekommen das täglich zu spüren. Die Architektur der Städte orientiert sich an Nichtbehinderten, trotz vieler Verbesserungen der vergangenen Jahre. Bauliche Hindernisse schließen Behinderte von Veranstaltungen aus und damit von Chancen auf sozialen Kontakt. Erst die an Nichtbehinderten orientierte Norm sorgt dabei für die Behinderung.

Seit 1994 verbietet das **Grundgesetz** der Bundesrepublik Deutschland ausdrücklich die Diskriminierung von Behinderten. Den Artikel 3, der die **Gleichheit** aller Menschen vor dem Gesetz verbietet, ergänzt seither der Satz: "Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden." Das Verbot verhindert zwar Ausgrenzung und Vorurteile nicht. Immerhin können sich diejenigen auf den Grundsatz berufen, die Diskriminierung bekämpfen.

Weitere Gesetze sollen die Ausgrenzung von Behinderten abbauen, etwa das "Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen" aus dem Jahr 2002. Unterschiedliche Antworten fand im Jahr 2005 die Frage, ob die Bundesrepublik ein besonderes Antidiskriminierungsgesetz braucht, das auch die Diskriminierung Behinderter rechtlich sanktioniert. Während die Bundestagsfraktionen der **SPD** und der Grünen für das Gesetz stimmten, sprachen sich **CDU**, **CSU**, **FDP** und Wirtschaftsverbände dagegen aus. Sie befürchteten, der damit verbundene bürokratische Aufwand schrecke **Unternehmer** von Neueinstellungen ab.

Selbsthilfe-Organisationen, Behinderten- und Wohlfahrtsverbände versuchen in Zeitschriften, Ausstellungen oder im Internet den Informationsstand der Bevölkerung über die Lage Behinderter zu erhöhen. Noch wirkungsvoller dürfte es sein, den Alltagskontakt zwischen Behinderten und Nichtbehinderten zur Normalität werden zu lassen.

Man könnte die Ausgrenzung aufweichen und die soziale **Kompetenz** Nichtbehinderter stärken, wenn man Behinderte in Regelschulen integrierte, statt sie in Sonderschulen auf Abstand zu halten. Schulen in verschiedenen Bundesländern haben durch Formen integrierenden Unterrichts damit begonnen, Rahmenbedingungen dafür zu schaffen. Eltern behinderter Kinder empfinden den Prozess zu mehr **Integration** im **Schulwesen** indes als zäh. Auch der Behindertenbeauftragte der Bundesregierung, Karl Hermann Haack, nannte im Jahr 2004 die bis dahin erreichte Quote von 13 Prozent behinderter Kinder in integrativen Schulformen "ernüchternd".

3. Vorurteile im Kontext

Sozialwissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass Vorurteile gegen Behinderte im Zusammenhang mit feindlichen Einstellungen gegen andere Gruppen stehen. Wer Fremde ablehnt und auf Autoritäten fixiert ist, geht mit höherer Wahrscheinlichkeit auch zu Behinderten auf Distanz. Wie Vorurteile gegen andere Gruppen sind auch die gegenüber Behinderten starr und schwer zu beeinflussen.

Auch die Ablehnung sozial Schwacher steht offensichtlich im Zusammenhang mit anderen Vorurteilen. Das zeigen seit Beginn der 1990er Jahre rechtsextreme Gewalttaten. Die Angriffe gegen sozial Schwache kamen aus dem selben ideologischen **Milieu** wie die gegen Zuwanderer. Unter den 99 Todesopfern rechtsextremer Gewalttaten seit der deutschen Vereinigung, die im März des Jahres 2003 Journalisten des Berliner "Tagesspiegels" und der "Frankfurter Rundschau" zählten, war etwa jeder fünfte ein Obdach- oder Arbeitsloser. "Asis klatschen" ist in der rechtsextremen Jugendszene ein fester Begriff. Viele der Täter bezeichneten ihre Opfer in polizeilichen Vernehmungen als "Penner", "Asoziale" und "Abschaum".

Auch historisch lässt sich der Zusammenhang zwischen **Rassismus**, der Ablehnung sozial Schwacher und Behindertenfeindlichkeit nachweisen. Die in der Zeit des deutschen Kaiserreichs aufgekommene "Rassenhygiene" orientierte sich an der **Utopie** einer Gesellschaft ohne körperliche oder soziale Abweichungen. Die Vertreter der **Ideologie** wollten angeblich schlechtes Blut aus dem "Erbstrom" aussondern, um einen gesunden "Volkskörper" zu schaffen. Im NS-**Staat** fand das seine radikalste Umsetzung. Der Ermordung von Behinderten, schönfärberisch als "Euthanasie" (Sterbehilfe) bezeichnet, fielen schätzungsweise 140.000 bis 180.000 Menschen zum Opfer, unter ihnen tausende von Kindern. Rund ein Drittel von ihnen starb in fahrbaren Gaswagen und in den Gaskammern, die das **Regime** in sechs ehemaligen Heil- und Pflegeanstalten einrichten ließ. Die anderen ermordeten die Euthanasie-Ärzte durch Gift, Medikamente und Nahrungsentzug.

Auch die Feindschaft gegen sozial Schwache steht historisch in einem engen Verhältnis zur Rastentheorie. Die Ansicht etwa, das so genannte Lumpenproletariat sei ein Ausfluss "minderwertiger Erbströme", war in der **Weimarer Republik** weit über das rechtsextreme Spektrum hinaus verbreitet. "Arbeitsscheue" waren Gegenstand straf- und fürsorgerechtlicher Bestimmungen. Mit dem Zusammenbruch der Weimarer **Demokratie** fielen auch die rechtsstaatlichen Hindernisse für die Verfolgung von "Asozialen". 1933 initiierte das NS-Propagandaministerium eine Verhaftungswelle gegen Bettler.

In den folgenden Jahren ließen die Behörden "Asoziale" in Arbeitslagern, Arbeitshäusern und geschlossenen Anstalten internieren. Ein Teil der Verfolgten fiel Zwangssterilisationen zum Opfer. Im Frühjahr und Sommer 1938 verschleppte die Kriminalpolizei über 10.000 Menschen als "Asoziale" in Konzentrationslager. Durch einen schwarzen Winkel gekennzeichnet bildeten sie eine eigene Häftlingskategorie, die auch von den anderen Häftlingen verachtet und diskriminiert wurde. Die als "asozial" Verfolgten sahen sich auch nach 1945 ausgegrenzt. Weder erhielten sie Entschädigung, noch erkannte sie die Öffentlichkeit als Verfolgte des **Nationalsozialismus** an.

Der Begriff des "Asozialen" blieb nach dem Zweiten **Weltkrieg** in beiden Teilen Deutschlands in Verwendung. In der **DDR** war "asoziales Verhalten" seit 1968 eine strafrechtliche Kategorie. Dabei blieb die Definition des "Asozialen" vage. Das erlaubte den Behörden, ihn gegen Menschen anzuwenden, die dem realsozialistischen Menschenbild nicht entsprachen, zum Beispiel gegen

Kleinkünstler, Musiker ohne Auftrittslizenz, Kleinhändler ohne Gewerbeschein, Langhaarige oder Punks.

Der historische Rückblick zeigt zum einen die lange **Tradition** der Ausgrenzung jener, die dem Leitbild des Gesunden und Leistungsfähigen nicht entsprechen. Die zugrunde liegenden Vorurteile dürften auf fest verankerten gesellschaftlichen Wahrnehmungsgewohnheiten beruhen. Zum anderen legt der Rückblick nahe, die Diskussion über genetische Forschung in einem politischen Rahmen zu beurteilen: Der Traum von der Formbarkeit der Gesellschaft und des Einzelnen war ein Grundelement totalitärer Ideologien. Er lebte von einem engen Begriff "lebenswerten" Lebens, der im Widerspruch steht zur pluralistischen Gesellschaft und ihrer Offenheit für vielfältige Lebensentwürfe.

Quelle: <https://www.bpb.de/izpb/9729/vorurteile-gegen-sozial-schwache-und-behinderte?p=all>